

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 7

Artikel: Die chinesische Botschaft in Bern verweigert darauf die Antwort : Schützt Peking ausländische Vertretungen oder nicht?

Autor: C.B.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076947>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die chinesische Botschaft in Bern verweigert darauf die Antwort:

Schützt Peking ausländische Vertretungen oder nicht?

Betrachtet China den Schutz ausländischer diplomatischer Vertretungen in Peking nicht als seine Pflicht? Diese Frage stellte sich, nachdem das chinesische Außenministerium in einer offiziellen Note das Problem selber angeschnitten hat. Und sie stellt sich heute noch mehr. Denn die chinesische Botschaft in Bern ist anscheinend nicht in der Lage, verbindlich zu versichern, dass nach Auffassung der chinesischen Regierung alle ausländischen Missionen vollumfängliches Anrecht auf Schutz haben. Wer die Geduld aufbringt, den Punkt in stundenlangem Palaver zu diskutieren, wird zwar eine diesbezügliche mündliche Zusicherung erhalten, aber nur als «persönliche Meinung» eines Sprechers, der im übrigen nicht einmal gewillt ist, seinen Namen preiszugeben.

Zunächst: Was berechtigt zum Zweifel an der chinesischen Auffassung von diplomatischer Immunität?

Der Zweifel

Die Angelegenheit geht auf die sino-sowjetischen Auseinandersetzungen um die Kundgebung vor der amerikanischen Botschaft in Moskau vom 4. März zurück. Die angeblich brutale Unterdrückung der Manifestanten, die sich vornehmlich aus chinesischen und andern asiatischen Manifestanten rekrutierten, hatte schon bald nach den Vorfällen zu einer ersten chinesischen Protestnote geführt. Auf diese antwortete das sowjetische Außenministerium am 12. März mit einem umfänglichen Schreiben, das unter anderm darauf hinwies, auch in Peking würden schliesslich ausländische diplomatische Vertretungen geschützt.

Und darauf replizierte dann das chinesische Außenministerium am 16. März mit einer Note an die UdSSR-Botschaft in China. Im polemischen Ton, der zwischen den beiden «Brudernationen» wieder üblich geworden ist (namentlich durch diese Angelegenheit) wurden sämtliche sowjetischen Argumente zurückgewiesen. Eingebettet in diese Vorwürfe aber fand sich eine Stelle, die den Rahmen des kommunistischen Nachbarkrachs sprengte und Chinas Einstellung zu völkerrechtlichen Normen in Frage stellte. Die Stelle hat (laut der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua) folgenden Wortlaut:

«Die Behauptung, solche Kundgebungen gegen die Missionen imperialistischer Mächte würden auch in Peking nicht geduldet, entbehrt jeglicher Grundlage. Als zur Zeit der Suez-Ereignisse die Bevölkerung Pekings gewaltige Manifestationen gegen die anglo-französische Aggression in Ägypten durchführte, betraten ihre (der Bevölkerung) Vertreter das Büro-Areal des britischen Geschäftsträgers in Peking, um unzählige Protestbriefe zu übergeben, und beklebten die Wände mit Plakaten gegen den britischen Imperialismus. Das chinesische Außenministerium schickte niemanden zum britischen Geschäftsträger, um die Wände reinigen zu helfen. Und dass die

chinesische Regierung sich entschuldigt hätte, kam gar nicht in Frage.»

Dieser Passus, meinen wir, sollte alle Staaten interessieren, die mit der Volksrepublik China diplomatische Beziehungen unterhalten. Denn er lässt die Vermutung aufkommen, dass Peking die internationalen Normen des diplomatischen Verkehrs, auf welche die sowjetische Note bezug genommen hatte, nicht, oder nicht vollumfänglich anerkennt. Zur Immunität diplomatischer Auslandsvertretungen gehören Vorrechte, nicht nur Befreiung von Straf- und Zivilgerichtsbarkeit, sondern auch Unverletzlichkeit und Schutz des Dienstgebäudes, alles Vorrechte, auf welche Chinas Vertretungen im Ausland selbstverständliches Anrecht haben.

Die Fragen

Nun, diese Stelle mag in der Hitze des Gefechts missverständlich geschrieben worden sein. Wenn dem so wäre, könnte eine diplomatische Vertretung Chinas im Ausland das Missverständnis leicht genug aus der Welt schaffen, indem sie erklärt, dass China entgegen dem Anschein der fraglichen Formulierung die diplomatische Immunität voll und ganz anerkennt, die diplomatischen Vertretungen des Auslands voll und ganz schützt.

Diese Gelegenheit zur Klärung der Sachlage wollten wir den chinesischen Vertretern geben und gelangten daher unter Bezugnahme auf den zitierten Hsinhua-Text mit folgenden Fragen an die chinesische Botschaft in Bern:

1. Heisst das, dass die chinesische Regierung für die Missionen imperialistischer Mächte die diplomatische Immunität nicht, oder nicht vollständig, anerkennt?

2. Wie würde sich China zum Schutz der Botschaft eines kapitalistischen Staates wie die Schweiz verhalten, falls die herrschenden Kreise des schweizerischen Kapitalismus (nach chinesischer Auffassung) ein Verbrechen begehen, welches die Empörung der Massen auslöst?

Zusatzfragen:

a) Gehört nach chinesischer Auffassung der Schutz vor Eindringen (in das Botschafts-

areal) zur Gewährleistung der diplomatischen Immunität oder nicht?

b) Gehört nach chinesischer Auffassung der Schutz vor Schaden an einem Botschaftsgebäude zur Gewährleistung der diplomatischen Immunität oder nicht?

c) Gibt es nach chinesischer Auffassung für ausländische Missionen verschiedene Grade der diplomatischen Immunität und des Anrechts auf Schutz, abhängig vom Charakter der vertretenen Macht (zum Beispiel imperialistisch, kapitalistisch, sozialistisch, marxistisch-leninistisch)?

Diese Fragen (1 und 2) stellten wir zunächst telefonisch, wobei uns die Tonbandaufnahme gestattet hätte, den chinesischen Standpunkt unverfälscht wiederzugeben. Aber alles, was wir in insgesamt vier Anrufen von unsern Gesprächspartnern erfahren konnten, waren (nach geduldigem Beharren) ihre Namen. Herr Wang (was ungefähr Müller heißt) nahm am Vormittag (19. März) die Fragen zur Kenntnis und stellte uns die Antworten auf den Nachmittag in Aussicht. Herr Tschu (was ungefähr Meier heißt) meinte am Nachmittag, die Fragen seien am Telefon zu schwierig zu beantworten und müssten gründlich erörtert werden. Ob uns der nächste Dienstag (23. März) passe? Wir stimmten zu, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass wir noch so gerne bis dahin auch eine schriftliche Antwort entgegennehmen würden, damit wir der Öffentlichkeit die korrekte Antwort zugänglich machen könnten, die je nachdem für die kapitalistischen Länder oder für die Sowjetunion besonders interessant wäre.

Das chinesische Dilemma lag ja auf der Hand: Fiel die Antwort für westliche Fragesteller völlig zufriedenstellend aus, so gab sie gleichzeitig der sowjetischen These recht, die ja laut dem chinesischen Außenministerium «jeglicher Grundlage» entbehrt.

Das Interview

Das vereinbarte Gespräch ergab, dass sich auch die Vertreter der Volksrepublik China des Dilemmas voll bewusst waren. Die Antworten auf die Fragen und Zusatzfragen, die ich den Herren jetzt schriftlich vorlegte, blieben aus, jedenfalls in verbindlicher Form.

Die Unterredung zwischen dem fragestellenden KB-Redaktor und dem anonymen Befragten via (vorzüglichen) Dolmetscher dauerte nahezu zwei Stunden. Ich erhielt Tee, Zigaretten, Freundschaftsversicherungen (das übrigens erst, nachdem ich zur Zufriedenheit des Gesprächspartners nachgewiesen hatte, dass ich nur ein Antikommunist und kein Sowjetagent sei), aber keine Auskunft. Fortsetzung auf Seite 10



Testfall Vietnam auch im sino-sowjetischen Konflikt. Chinesische Teilnehmer an der Demonstration vom 4. März vor der amerikanischen Botschaft in Moskau werden in Peking ausgeladen. Nach sowjetischen Angaben hatten sie sich in Moskau zu Fuß ins Flugzeug begeben und wurden auf dem Flug bandagiert und als Schwerverletzte präpariert, um dann demonstrativ als Opfer der sowjetischen Polizei auf der Bahre hinausgetragen zu werden.

Diese Entwicklung wird gerade in Westeuropa dadurch gefördert, dass das kommunistische Gravitationszentrum sich vermeintlich nach dem Fernen Osten verlagert. Die Gefahr scheint sich zu entfernen, und der noch vor wenigen Jahren überall gefühlte Zwang zur Integration baut sich ab. Die Bestrebungen für eine atlantische Gemeinschaft erlahmen auf bedenkliche Weise und sollten doch auch außerhalb des politischen Druckes im Geiste der Freundschaft aufrecht erhalten bleiben. Wie manche Krankheit ist auch der Nationalismus ansteckend. Er droht, auf die beiden Exponenten überzugreifen, mit unterschiedlichen, aber katastrophalen Folgen.

Isolationismus und Rassenhass

Wenn die Vereinigten Staaten als Verteidiger der Freiheit, die zweimal Europa errettet und für die Demokratie vorbildlose Opfer erbracht haben — wenn die USA weiterhin nichts als Widerwärtigkeiten ernennen, so könnte es ihnen nicht einmal mehr verübt werden, dass sie ihr weltweites Engagement verkürzen und auf die Position des Isolationismus zurückfallen.

Und wenn China die Unterstützung der ost-europäischen Kommunisten nicht gewinnt, so wird es seine Offensive unter der Fahne der gelben Rasse weiterführen.

Diese Gefahren sind nicht klein. Es trifft nämlich zu, dass Frankreich (gleich anderen Ländern) kurzfristig mehr gewinnt, wenn es den westlichen, von Amerika geführten Verband verlässt. Es fördert so sein Einzelinteresse und sei es auch nur dadurch, dass es die erste Geige im Dorf — statt die dritte Geige im Stadtchester spielen kann.

Die wankende Voraussetzung

Durch eine solche Hintanstellung des freiheitlichen Allgemeininteresses hinter das

französische Einzelinteresse wird die Kraft der freien Welt eher geschwächt. Das sogar dann, wenn nachgewiesen werden kann, dass die französische Politik nur dann erfolgreich ist, solange die Exponenten ihre Stellungen behaupten. De Gaulle kann sich also einen Sonderzug nur erlauben, weil und solange die Vereinigten Staaten dem Kommunismus die Stirne bieten. Das Fatale liegt nun aber daran, dass de Gaulle mit seiner Politik die Position der USA schwächt: er sägt den Ast an, auf dem er selber sitzt.

Südvietnam als Testfall

Die möglichen Konsequenzen eines solchen Verhaltens sollen am Beispiel Südvietnams dargelegt werden. Folgende Überlegungen seien vorausgesetzt:

1. Ein Rückzug der Vereinigten Staaten aus Südvietnam besiegt die Vorherrschaft Chinas in ganz Asien.
2. Als Folge davon wird Asien als Basis des chinesischen Angriffes ausgebaut.
3. Dieser Angriff wird sich vorerst auf den Nahen Osten und danach auf Afrika konzentrieren.
4. Der wenigen asiatischen und zahlreichen afrikanischen Stützpunkte beraubt, wird Westeuropa zum Anhängsel des eurasiatischen Kontinents und zum Spielball kommunistischer Interessen.
5. Unter solchen Umständen könnte Westeuropa zum Fass ohne Boden werden, das durch Nordamerika im Namen der Freiheit nicht mehr unterstützt werden darf. Diese Überlegungen — sie können sich als falsch erweisen, dürfen aber nicht als Unwahrscheinlichkeit abgetan werden — zeigen, von welch erheblicher Bedeutung die Entwicklung in Südvietnam für ganz Europa ist. Man darf durchaus behaupten, dass uns heutige Schweizer der Fall Südvietnam weit mehr betrifft, als unsere Grossväter vom deutsch-französischen

Krieg, der sich an unseren Grenzen abspielte, betroffen wurden.

Die ostentative Verfolgung französischer Einzelinteressen durch de Gaulle, insbesondere das erweiterte Handelsabkommen mit Nordvietnam, ist für die USA ein Rückenschuss. Das bedeutet eine Ermutigung des nordvietnamesischen Aggressors und eine Schlappe für Südvietnam. Beides wird in Asien bemerkt und trägt zu einer Festigung des chinesischen Prestiges bei. Dies wiederum hat seine Auswirkungen in den Vereinigten Staaten selbst und das im Sinne einer Stärkung der isolationistischen Kreise: Was wollen wir Südvietnam unter Aufopferung unserer Soldaten und Verlust grosser Gelder gegen den Willen Europas für Europa halten — so mögen diese Kreise argumentieren und damit auch wachsenden Erfolg haben.

So kann es sich leicht erweisen, dass die kurzfristigen Vorteile, die de Gaulle (und andere politische Führer Westeuropas) im Auge haben mag, langfristig zu einem teuren Preis erkauft worden sind. Vielleicht ist der Krug noch nicht am Ueberlaufen. Viele Tropfen erträgt er sicher nicht mehr.

Es ist zu hoffen, dass man es mit der Vereinigung des Westens wieder ernster nimmt, nicht unter amerikanischen, sondern unter atlantischem Vorzeichen.

P. S.

Fortsetzung von Seite 4

Zunächst meinte mein Gegenüber, der fragliche Passus sei doch klar und bedürfe keiner weiteren Interpretation. Auf den Einwand, wenn der Text so klar sei, müssten die gestellten Fragen um so leichter zu beantworten sein, folgten die ersten Gegenfragen: Was ich, falls ich keine Antwort erhalte, schreiben werde? Was ich, falls ich die verlangte unterzeichnete Antwort erhalte, tun werde? Ob ich je nach Antwort zur schweizerischen Regierung oder zur Sowjetbotschaft gehen werde?

Überhaupt wurde viel mit Gegenfragen gearbeitet. Ob ich persönlich glaube, dass die ausländischen Botschaften in Peking in Gefahr seien? Ich versicherte, dass ich das persönlich so wenig glaube wie die Sowjetregierung.

Zwischendrin erfolgten Zusicherungen. Die Schweiz sei als friedliebendes Land überhaupt nicht in Gefahr, ihre Vertretung in Peking angegriffen zu sehen. Ich wollte darauf wissen, seit wann man einer kapitalistischen Ausbeutergesellschaft kein Verbrechen mehr zutraue, das die Massen empören könnte, seit wann sich voraussehen lasse, dass spontane Manifestationen nicht eintreten könnten, seit wann allenfalls der Klassenfeind in China auf Provokationen verzichte (der laut Zentralkomitee der KP Chinas drei bis zehn Generationen lang Provokationen sucht).

Ahnliche Diskussionen hatten wir bezüglich der Botschaft eines imperialistischen Staates, Frankreichs, wobei ich den Gesprächspartner rechtzeitig vor der titoistischen These warnen konnte, wonach eine

imperialistische Macht freiwillig ihren aggressiven Charakter ändern könnte. In solchen Situationen folgten wieder Gegenfragen wie «Halten Sie es für richtig, dass die Moskauer Polizei die demonstrierenden Studenten niedergeschlagen hat?» oder «Wissen Sie, warum auf der ganzen Welt antiamerikanische Kundgebungen stattfinden?»

Neben so grossartiger Irrelevanz gab es aber auch sachbezogene Momente. Schliesslich kam sogar der Satz: «Die Bot-schaften aller Staaten, die mit uns diplomatische Beziehungen unterhalten, werden voll und ganz geschützt.»

Damit waren meine Fragen global zu meiner Zufriedenheit (und zur voraussichtlichen sowjetischen Zufriedenheit — was ich meinen Gesprächspartnern ehrlicherweise nicht unterschlagen konnte) beantwortet. Ich bat um Reinschrift und Unterschrift. Aber da erfuhr ich: «Das ist meine persönliche Meinung. Ich kann das nicht unterschreiben.» Ich erklärte nochmals, wieviel mir an einer korrekten marxistisch-leninistischen Antwort auf meine Fragen gelegen sei und gab meinen Partnern noch drei

Aus dem SOI

Vor einigen Jahren haben sich in verschiedenen Schweizerstädten politisch interessierte Leute zusammengefunden, um mit ihnen geeignet erscheinenden Mitteln die Aufgaben und Ziele des SOI zu unterstützen. Freundesgruppen bestehen heute in Zürich, Chur, Solothurn, Heiden und Thun. Am 6. April wird die «PRO-SOI» Zürich, die als grösste dieser Vereinigungen auch eine besondere Aktivität entfaltet, um 20.15 Uhr im Zunfthaus zur Waag (Münsterhof, Zürich) ihre diesjährige Mitgliederversammlung abhalten, zu der auch Nicht-Mitglieder willkommen sind.

Tage Ueberlegungsfrist. Man sagte mir, ich werde telephonisch Bescheid erhalten, ob ich eine Antwort zu erwarten habe.

Ich rüstete zum Aufbruch: «Ich habe Ihnen recht viel von mir erzählt. Darf ich wissen, mit wem ich die Ehre hatte, mich zu unterhalten?» Antwort: «Wir freuen uns, Sie kennengelernt zu haben.» — «Ich würde mich auch freuen, Sie kennenzulernen. Darf ich um Ihren Namen bitten?» Antwort: «Falls Sie eine schriftliche Antwort von uns bekommen, wird auch ein Name darunter sein.»

Der Rest war Höflichkeit.

Die Antwort

steht auch nach vier Tagen noch aus. Aber wir nehmen sie gerne auch jetzt noch an. Denn wenn sich eine Regierung um die Frage bemühen würde, käme ja die chinesische Diplomatie auch nicht darum herum, sich verbindlich zu äussern.

C. B.

Der Kommentar

Auf der letzten Zentralkomiteesitzung der KPdSU vergangener Woche scheinen zwei Themen im Vordergrund gestanden zu haben: ein aussenpolitisches und ein innenpolitisches. Beide sind wichtig genug, die sowjetische Politik entscheidend beeinflussen zu können.



Das aussenpolitische Thema heisst Vietnam. Es ist ein wichtiger Testfall nicht nur für «den Westen» (siehe Seite 9), sondern auch für das kommunistische Lager. Vielleicht in noch grösserem Ausmass. Sowjetische Freiwillige und chinesische Truppen sind für das Eingreifen in Aussicht gestellt. Für Moskau aber lautet die Frage: Wie weit darf, muss oder soll die Sowjetunion in der Beweisführung gehen, dass sie den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus mindestens ebenso entschieden führt wie China? Peking fordert zwar diese Beweisführung lautstark genug, aber ist es überhaupt gewillt, sie anzuerkennen, ja überhaupt zu ermöglichen? Es gibt Berichte, wonach China sowjetische Waffenlieferungen an Hanoi auf alle erdenkliche Weise zu erschweren, wenn nicht zu unterbinden sucht. Das würde sich mit der Polemik reimen, die Peking mit allen Anzeichen der Unversöhnlichkeit auch gegen die neue Sowjetführung wieder aufgenommen hat. Was wird und kann der Kreml angesichts dieser Sachlage unternehmen?

Hier wie dort entbehrt die Reaktion auf die Vietnam-Affäre nicht der Ironie. Wenn westliche Stimmen tiefe Besorgnis über das amerikanische Vorgehen ausdrücken, so steckt ein ordentlicher Teil billigen Antiamerikanismus dahinter. Wenn aber sowjetischen Deklamationen in billigen Antiamerikanismus machen, so steckt ein ordentlicher Teil echter Besorgnis dahinter.

Das macht die Beurteilung für uns «Zuschauer» natürlich nicht leichter. Und wir Zuschauer von überall spielen — das muss man betonen — eine recht verantwortungsvolle Rolle angesichts dieser «Partie», bei der nicht zuletzt die Gewinnung der Weltmeinung auf dem Spiel steht.

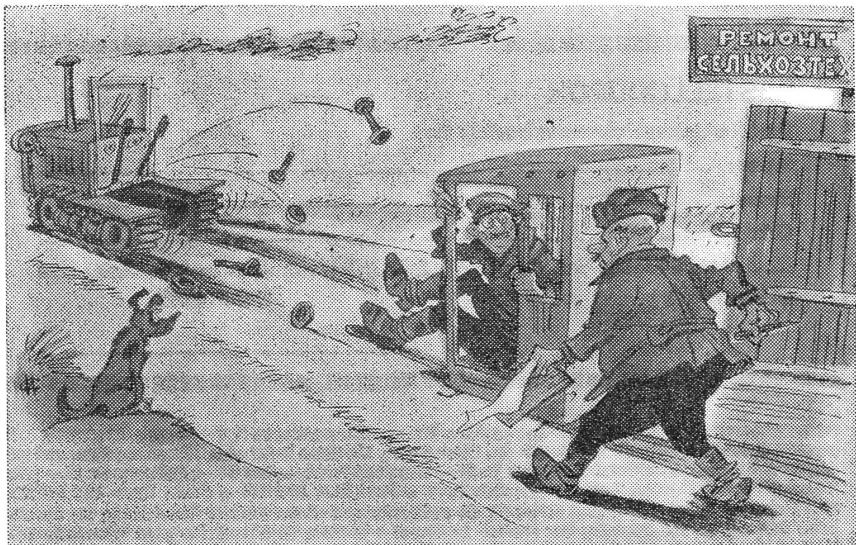


Das grosse innenpolitische Thema der sowjetischen ZK-Sitzung war die Landwirtschaft. In sie sollen 71 Milliarden Rubel innerhalb der nächsten fünf Jahre hineingelegt werden, ungefähr ebensoviel, wie seit Kriegsende insgesamt ins Agrarwesen investiert wurde. Breschnew hat anscheinend (der Wortlaut liegt uns bei Redaktionsschluss noch nicht vor) erklärt, die Landwirtschaftspolitik sei seit 1948 von Missständen beherrscht gewesen.

Wir hatten für diese Nummer unter anderem ursprünglich einen Lagebericht über die sowjetische Landwirtschaft vorgesehen. Er ist wahrscheinlich durch den Bericht des ersten Parteisekretärs hinfällig geworden. Aber wir hätten uns nicht so krass ausgedrückt wie er. Ehrlich gesagt, aus purer feiger Angst, der antikommunistischen Schwarzmalerei verdächtigt zu werden. Auch die Reaktion auf den «ewigen Testfall» der kommunistischen Landwirtschaft hat manchmal ihre ironische Seite.

Aber hier sollte die Schlussfolgerung für uns Zuschauer eigentlich ein bisschen leichter sein. Oder doch nicht?

Christian Brügger



Beim Verlassen der Reparaturwerkstätte: «Und jetzt unterschreiben Sie, dass Sie den reparierten Traktor ordnungsgemäss übernommen haben!» («Krokodil», Moskau.)